

Unter Hinweis auf nähere Einzelheiten schildert Herr Strack kurz die Historie bis zur heutigen Vorlage. Insbesondere habe man auf die Unterdeckungen in den vergangenen Jahren reagieren müssen. Man habe versucht, einen differenzierten Vorschlag vorzulegen.

Herr Liene geht auf die Splittung des monatlich vorgesehen Betrages ein und hinterfragt den hohen Nebenkostenanteil. Er hätte gerne nähere Informationen zu den Kosten für Strom, Reinigung und Sanierung/Unterhaltung.

Herr Strack erklärt, dass als Basis die Soll-Belegung von 218 Menschen zugrunde gelegt und mit „glatten“ Zahlen gearbeitet wurde. Zurzeit seien in allen Gebäuden, ob gemeindeeigene oder angemietete, 178 Menschen untergebracht. Bei den variablen Kosten gehe man von einer Auslastung aus. Teile man die Stromkosten durch 218 und wieder durch 12 Monate liege man pro Person bei etwas mehr als 30 Euro. Auf den Einzelfall gerechnet, relativiere sich dies. Von den 60.000 Euro Reinigungskosten entfallen 45.000 Euro auf zwei Großobjekte (Sammelunterkünfte). Dort sei die Situation ungleich schwieriger als in privaten Unterkünften. In diesen Unterkünften sei die Reinigung durch professionelle Firmen erforderlich. In Bezug auf die Unterhaltungskosten verweist Herr Strack auf den hohen Aufwand zur Herrichtung bestimmter Gebäude, insbesondere in der Uferstraße und der Obereiper Mühle. Integriere man diese kompletten Beträge in die Kalkulation, würde dies zu einem exorbitanten Anstieg der Gebühren führen. Daher habe man diese Kosten pauschal auf 20 Jahre verteilt. Generell bleibe es stets bei einem hohen Unterhaltungsaufwand, z.B. auch bei Wohnungswechseln und erforderlichen Renovierungsarbeiten. All dies sei aber nicht extrem hoch, und im Vergleich mit Nachbarkommunen liege man nicht schlecht.

Frau Zorlu möchte wissen, wie hoch die Zahl der Asylbewerber sei, deren Anträge abgelehnt wurden und wie hoch die Zahl der arbeitenden Selbstzahlern ist.

Anmerkung der Verwaltung:

<i>Untergebrachte Personen insgesamt zurzeit</i>	178
<i>davon anerkannt und in Betreuung des Jobcenters/ARGE</i>	45
<i>davon anerkannt und Selbstzahler im Arbeitsverhältnis</i>	13
<i>davon abgelehnte und im Verfahren befindliche</i>	120
<i>Eine Differenzierung der 120 abgelehnten und im Verfahren befindlichen Asylbewerber ist auf die Schnelle nicht möglich. Ggf. erfolgt eine Info später.</i>	

Herr Strack macht deutlich, dass die Unterkunftskosten für die verbleibenden 120 Asylbewerber durch die öffentliche Hand übernommen werden. Im Grunde gelte hier das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“.

Auf Frage von Herrn Scholz erklärt Herr Strack, dass von den 213 Sollplätzen in gemeindeeigenen Gebäuden 39 Plätze bereitgestellt werden.

Herr Scholz stellt daraufhin fest, dass die Gemeinde Eitorf für die verbleibenden 174 Plätze 300.000 Euro an Mietkosten pro Jahr aufwendet.

Nachdem sich keine Wortmeldungen mehr ergeben, lässt der Bürgermeister abstimmen.